

**Tierseuchenrechtliche Anordnung
des Landesuntersuchungsamtes zum Schutz gegen die Schweinepest
vom 09. Februar 2009 (Az.: 23 174-10-2)**

Am 09.02.2009 wurde in Wissen, Landkreis Altenkirchen, der Ausbruch der klassischen Schweinepest bei einem Wildschwein festgestellt. Weitere Schweinepestnachweise wurden zuvor in Lohmar, Hennef/Sieg und Rösrath, Nordrhein-Westfalen geführt. Angesichts der erkennbaren Ausbreitungstendenz der Schweinepest bei Wildschweinen und den Vorgaben der Schweinepestverordnung ist es erforderlich auch in Rheinland-Pfalz einen gefährdeten Bezirk auszuweisen.

Aufgrund der §§ 14 a) bis e) der Verordnung zum Schutz gegen die Schweinepest (Schweinepest-Verordnung) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 20. Dezember 2005 (BGBl. I. 3547), dem § 1 Abs. 5 des Landestierseuchengesetzes (LTierSG) vom 24.06.1986 (GVBl. S. 174) zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2006 (GVBl. S. 437), §§ 39, 42 der Viehverkehrsverordnung in der Fassung vom 06. Juli 2007 (BGBl. I. S. 1274) und des § 79 Abs. 2 des Tierseuchengesetzes (TierSG) in der Neufassung vom 22. 6.2004 (BGBl. I S. 1260) wird Folgendes angeordnet:

I.

Folgende Gebiete werden zum Gefährdeten Bezirk erklärt:

Die Landkreise Altenkirchen und Neuwied.

Im Westerwaldkreis

die Verbandsgemeinde Bad Marienberg,

aus der Verbandsgemeinde Selters

die Ortsgemeinden Freirachdorf, Goddert, Herschbach, Krümmel, Marienrachdorf, Maroth, Rückeroth und Sessenhausen,

aus der Verbandsgemeinde Westerburg

die Ortsgemeinden Ailertchen, Höhn und Pottum,

aus der Verbandsgemeinde Hachenburg

die Ortsgemeinden Alpenrod, Astert, Atzelgift, Borod, Gehlert, Giesenhausen, Hattert, Heimborn, Heuzert, Höchstenbach, Kroppach, Kundert, Limbach, Luckenbach, Marzhau-
sen, Merkelbach, Mörsbach, Mudenbach, Mündersbach, Müschenbach, Nister, Rossbach,
Stein-Wingert, Streithausen, Wahlrod, Welkenbach, Wied, Winkelbach und die Stadt
Hachenburg,

aus der Verbandsgemeinde Rennerod

die Ortsgemeinden Bretthausen, Hellenhahn-Schellenberg, Homberg, Liebenscheid, Neustadt/Westerwald, Niederroßbach, Nister-Möhrendorf, Oberroßbach, Rehe, Salzburg, Stein-Neukirch, Waigandshain, Willingen, Zehnhausen bei Rennerod und die Stadt Rennerod.

II

Für den gefährdeten Bezirk werden die folgenden Schutzmaßnahmen angeordnet:

1. An den Hauptzufahrtswegen werden von der nach § 4 Landestierseuchengesetz zuständigen Behörde Schilder mit der deutlichen und haltbaren Aufschrift:

"Schweinepest bei Wildschweinen - Gefährdeter Bezirk"

gut sichtbar angebracht.

2. Der Besitzer hat das Halten von Schweinen der zuständigen Veterinärbehörde (Kreisverwaltung bzw. Kreisfreie Stadt) unverzüglich unter Angabe der Nutzungsart, des Standortes der Tiere sowie der Größe des Bestandes anzuzeigen. Auf die Verpflichtung zur ordnungsgemäßen Führung von Bestandsbüchern und die Kennzeichnung gemäß den §§ 39 und 42 der Viehverkehrsverordnung wird ausdrücklich hingewiesen.
3. Der Besitzer muss
 - a) Hausschweine so absondern, dass sie nicht mit Wildschweinen in Berührung kommen können,
 - b) geeignete Desinfektionsmöglichkeiten an den Ein- und Ausgängen der Schweinehaltung einrichten, soweit dies nicht bereits nach anderen Vorschriften erfolgt ist,
 - c) dafür Sorge tragen, dass Futter, Einstreu und sonstige Gegenstände, mit denen Schweine in Berührung kommen können, für Wildschweine unzugänglich aufbewahrt werden,
 - d) verendete oder erkrankte, insbesondere fieberhaft erkrankte, Schweine der zuständigen Veterinärbehörde unverzüglich anzuzeigen,
 - e) verendete und erkrankte Schweine, bei denen der Verdacht auf Schweinepest nicht ausgeschlossen werden kann, nach näherer Anweisung der zuständigen Veterinärbehörde auf Schweinepest untersuchen zu lassen und
 - f) sicherzustellen, dass Hunde das Betriebsgelände nur unter Aufsicht verlassen.
4. Schweine dürfen - außer den in Abschnitt IV. geregelten Fällen – nicht aus ihrem

Bestand verbracht werden. Die zuständige Veterinärbehörde kann weiterhin das Verbringen von Schweinen zu diagnostischen Zwecken oder zur Tötung und unschädlichen Beseitigung genehmigen. Verendete oder getötete Schweine dürfen nur zu diagnostischen Zwecken oder zur unschädlichen Beseitigung verbracht werden.

5. Auf öffentlichen und privaten Wegen, ausgenommen auf betrieblichen Wegen, dürfen Schweine nicht getrieben werden. Die zuständige Veterinärbehörde kann das Treiben von Schweinen auch auf betrieblichen Wegen verbieten.
6. Teile erlegter oder verendet aufgefundener Wildschweine sowie Gegenstände, die mit Wildschweinen in Berührung gekommen sind, dürfen nicht in einen Betrieb verbracht werden.
7. Das innergemeinschaftliche Verbringen von Sperma, Eizellen und Embryonen von Schweinen aus dem gefährdeten Bezirk ist verboten.
8. Der Besitzer von Hausschweinen hat in den Anlagen der Schweinehaltung Schadnager durch geeignete Maßnahmen fernzuhalten bzw. zu bekämpfen.
9. Personen, die mit Wildschweinen in Berührung gekommen sind, haben Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen nach näherer Anweisung der zuständigen Veterinärbehörde durchzuführen.
10. Schweinehalter haben sicherzustellen, dass Jagdausübungsberechtigte und sonstige Jagdbeteiligte, die die Funktionsbereiche einer Schweinehaltung betreten bzw. betreten wollen, vor dem Betreten des Betriebsgeländes Kleidung und Schuhwerk vollständig wechseln. Soweit das Betreten einer Schweinehaltung unmittelbar nach der Jagd unvermeidlich ist, ist dies erst nach einer gründlichen Körperreinigung und dem Anlegen frischer Schutzkleidung zulässig.

III.

Gemäß § 11 Abs. 2 der Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung dürfen Haus- und Wildschweine sowie Fleisch von Wildschweinen aus gefährdeten Bezirken nicht innergemeinschaftlich verbracht werden. Die zuständige Veterinärbehörde entscheidet über Ausnahmen.

IV.

Aus einem Betrieb im gefährdeten Bezirk dürfen Zucht-, Nutz- und Schlachtschweine nur unter Auflagen und mit Genehmigung der zuständigen Veterinärbehörde verbracht werden.

V.

- 1.1 Im gefährdeten Bezirk ist die Schwarzwildpopulation durch intensive und konsequente Bejagung bis unter zwei Stück/100 ha Waldrevier zu verringern. Insbesondere sind alle Frischlinge und Überläufer sowie Bachen ohne abhängige Jungtiere intensiv zu bejagen.
- 1.2 Über Einzel- und Gemeinschaftsansitzjagd hinaus, sind im gefährdeten Bezirk großräumige revierübergreifende Bewegungsjagden durchzuführen. Dazu sollten möglichst nur Hunde ortsansässiger Jagdausübungsberechtigter eingesetzt werden.
2. Jagdausübungsberechtigte haben im gefährdeten Bezirk:
 - a) jedes erlegte Wildschwein nach näherer Anweisung der zuständigen Veterinärbehörde unverzüglich zu kennzeichnen und einen von ihr vorgegebenen Begleitschein auszustellen;
 - b) von jedem erlegten Wildschwein unverzüglich Proben (Blut und Milz) nach näherer Anweisung der zuständigen Veterinärbehörde zur virologischen und serologischen Untersuchung auf Schweinepest zu entnehmen, zu kennzeichnen und zusammen mit dem Tierkörper, dem Aufbruch und dem Begleitschein der durch die zuständige Veterinärbehörde festgelegten Annahmestellen zuzuführen. Die Wildschweine verbleiben dort bis zur Freigabe durch die zuständige Veterinärbehörde.
 - c) dafür Sorge zu tragen, dass bei Gesellschaftsjagden das Aufbrechen der Tiere und die Sammlung des Aufbruchs zentral an einem Ort erfolgt; die zuständige Veterinärbehörde kann den Aufbruchort bestimmen.
 - d) jedes verendete oder tot verunfallt aufgefundene Wildschwein unverzüglich unter Angabe des Fundortes der zuständigen Veterinärbehörde anzuzeigen und Proben (Blut und Milz) dem Landesuntersuchungsamt in Koblenz zur virologischen und serologischen Untersuchung auf Schweinepest zuzuleiten. Buchstabe a) gilt entsprechend.

Die zuständige Veterinärbehörde kann anordnen, dass das Aufbrechen und die Probennahme nach Buchstabe b an einem bestimmten Ort erfolgt.

3. a) Im gefährdeten Bezirk sind alle Aufbrüche von Schwarzwild über die auf Veranlassung der zuständigen Veterinärbehörde aufgestellten Container unschädlich zu entsorgen und über die Tierkörperbeseitigungsanstalten des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung unschädlich zu beseitigen. Die Standorte der Container können mit Lageplan bei den zuständigen Veterinärbehörden und Hegeringleitern erfragt bzw. angefordert werden.
- b) Im gefährdeten Bezirk ist jedes seuchenverdächtige Stück Schwarzwild unverzüglich durch den Jagdausübungsberechtigten - unabhängig von der monatlichen Abschussmeldung - der zuständigen Veterinärbehörde anzuzeigen.

4. Personen, die mit Wildschweinen in Berührung gekommen sind, haben Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen nach näherer Anweisung der zuständigen Veterinärbehörden durchzuführen.

VI.

Gemäß § 76 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. b Tierseuchengesetz handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Vorschriften der Abschnitte II.-V. dieser Anordnung zuwiderhandelt. Diese Ordnungswidrigkeit kann nach § 76 Abs. 3 Tierseuchengesetz mit einer Geldbuße bis zu 25.000 Euro geahndet werden.

VII.

Diese Anordnung gilt gemäß § 41 Abs. 4 Satz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes am auf die öffentliche Bekanntmachung folgenden Tag als bekannt gegeben.

Gemäß § 41 Abs. 4 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz wird hiermit nur der verfügende Teil der Allgemeinverfügung öffentlich bekannt gemacht.

VIII.

Soweit diese Anordnung nicht auf Grund von § 80 Tierseuchengesetz i. V. mit § 80 Abs. 2 Nr. 3 VwGO sofort vollziehbar ist, wird gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO die sofortige Vollziehung angeordnet.

IX.

Der Allgemeinverfügung liegt mit Begründungen und Rechtsbehelfsbelehrung in den Kreisverwaltungen Altenkirchen, Veterinäramt, Parkstr., 57610 Altenkirchen, Neuwied, Veterinäramt, Ringstr. 70, 56564 Neuwied, Rhein-Lahn, Veterinäramt, Insel Silberau, 56130 Bad Ems, Westerwald, Veterinäramt, Peter-Altmeier-Platz 1, 56410 Montabaur, Mayen-Koblenz, Veterinäramt, Zimmer 006, Bahnhofstr. 9, 56068 Koblenz, und beim Landesuntersuchungsamt, Mainzerstr. 112, 56068 Koblenz aus, und kann zu den üblichen Öffnungszeiten eingesehen oder erfragt werden.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese tierseuchenrechtliche Anordnung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Landesuntersuchungsamt, Mainzerstr. 112 56068 Koblenz, schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs ist die Widerspruchsfrist (Satz 1) nur gewahrt, wenn der Widerspruch noch vor dem Ablauf dieser Frist bei der Behörde eingegangen ist.

56068 Koblenz, den 09. Februar 2009

Landesuntersuchungsamt
Im Auftrag

Dr. Stefan Schwickert

Ausführliche Begründung:

Aufgrund der Seuchenfeststellung in der Ortsgemeinde Wissen im Landkreis Altenkirchen und den vorherigen Virusnachweisen in Lohmar, Hennef, und Rösrath in Nordrhein-Westfalen legt die zuständige Behörde entsprechend § 14 a der Schweinepestverordnung das Gebiet um die Abschuss- oder Fundstelle als gefährdeten Bezirk unter Berücksichtigung der Seuchensituation, der Wildschweinepopulation sowie der Tierbewegungen innerhalb der Wildschweinepopulation fest.

Wildschweine haben einen großen Aktionsradius. Folglich ist der gefährdete Bezirk so zu wählen, dass einer Weiterverbreitung der Seuche Rechnung getragen wird. Es sind alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Weiterverbreitung der Seuche zu verhindern. Es gilt möglichst rasch und sicher Erkenntnisse über den Seuchenstatus zu gewinnen, um hieraus die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen und hierdurch einer möglichen Einschleppung des Schweinepestvirus in die rheinland-pfälzischen Wild- und Hausschweinebestände zu verhindern.

Die Verminderung der Wildschweinepopulation ist ein wichtiges Instrumentarium zur Bekämpfung der Schweinepest bei Wildschweinen. Je kleiner eine Population ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich eine Seuche aus- bzw. weiter verbreiten kann. Es sind alle erfolgsversprechenden Maßnahmen zu ergreifen, um die Wildschweinepopulation zu vermindern.

Bei einer Weiterverbreitung der hochansteckenden Schweinepest ist mit Tierverlusten, wirtschaftlichen Einbußen und Handelsrestriktionen zu rechnen. Um Schaden vom Allgemeinwohl abzuwenden, sind alle erforderlichen und vertretbaren Maßnahmen zu ergreifen. Die Interessen des Einzelnen haben hinter den Interessen der Allgemeinheit zurückzustehen. Die Maßnahmen sind folglich angemessen und erforderlich. Mit anderen oder weniger einschneidenden Maßnahmen kann der Gefahr nicht wirksam begegnet werden.

Die Zuständigkeit des Landesuntersuchungsamtes ergibt sich auf Grund des § 1 Abs. 5 des Landestierseuchengesetzes, da Art und Umfang der Seuche eine Landkreis übergreifende Anordnung durch das Landesuntersuchungsamt erfordern.